

Dezernent:

Dr. Scheffler

Landgericht Hamburg

Entschädigungskammer **1**

Entschädigungssache

Dessauer, geb. Littmann
Helene

Prozeßbevollmächtigte r: RA Dr. Rosenhaft

gegen

Kläger in

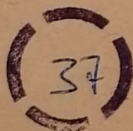
Vollmacht Bl.

12

Freie und Hansestadt Hamburg

Sozialbehörde

Amt für Wiedergutmachung



A.-Z.: Wg 4-1202 82/5

Beklagte

32493

betr.: Berufschadenswittwenrente

Streitwertfestsetzung: Bl.

Urteil: Bl.

46, 55

Weggelegt: 1968

Aufzubewahren: - bis 1999

- dauernd -

dem - an das - Staatsarchiv

zu melden - abzuliefern

9U(Entsch.)131/67

8 10(Entsch.) 233

66

Oberfinanzdirektion
Hamburg

Bundesvermögens- und Bauabteilung

M 468

M 4519

Marcuse, Carl

fr. Berlin - Grunewald

Josef - Joachim Str. 17

(Dr. Richard Marcuse

Gertrud Marcuse, geb. Kreslawsky

(K)

Darlehnsakte

~~Leitakte~~

~~523~~

~~1948~~

~~2825~~

M 468



Dr. jur. Hans-Georg Tovote
Rechtsanwalt u. Notar
Berlin W 15, Kurfürstendamm 186 III
Telefon 91 39 68
Postscheckkonto: Berlin-West 44 59

Abschrift

Handwritten: No 31

- 2 -

Berlin, d. 22. Januar 1954
-/Dr. M 6731

In der Rückerstattungssache

1. Dr. Frich Marcuse

2. Carl Marcuse

gegen

Deutsches Reich *M 457 + M 468*

Az. V/Z 6288 verb. mit V/Z 5873

Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

Handwritten: L. W. H. 19/54
BV 414

durch: *ges. Dr. Reichardt*

Oberfinanzdirektion Hamburg
Az.: *414*
Eing.: 1. FEB. 1954
Sangeb.: *BY 11* Anl.:
- 2. FEB 1954

wird auf die dortige Anfrage vom 16.12.53 mitgeteilt, dass^{es} sich bei den verschiedenen Rückerstattungsansprüchen wegen beschlagnahmter Lifts des Herrn Dr. Frich Marcuse (Aktenz. 5874) und Herrn Carl Marcuse (Aktenz. V/Z 6288 verb. m. V/Z 5873) um gänzlich verschiedene Ansprüche handelt, die nicht miteinander identisch sind und daher auch nicht wegen eines Feststellungsbeschlusses über 22.700.- RM gemeinsam entschieden werden können.

Lediglich der Antragsteller Dr. Frich Marcuse hat mit Schriftsatz vom 29.9.53 erklärt, dass er grundsätzlich bereit sei, einem Feststellungsbeschluss über 22.700.- RM zuzustimmen, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass eine endgültige Bindung erst nach dem Erlass von Bestimmungen betreffend die Umstellung dieser Ansprüche in D-Mark erfolgt. Da die Zustimmung des Antragstellers also nicht vorbehaltlos erklärt ist, hat das Wiedergutmachungsamt mit Recht die Akten mangels einer gütlichen Einigung an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hamburg abgegeben.

Für den Anspruch wegen beschlagnahmter

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht
Hamburg
Sievekingplatz

Hamburg 36, den 22. 2. 1954

V.Z. 5874 u.a.

Hamburg 13, Hartungstr.

- 2 - BY 414 -

113
114
6. FEB.
10. FEB. 1954

Lifts, der zum Nachlass des verfolgten Carl Marcuse gehört, ist keinerlei Einverständniserklärung erfolgt, nicht einmal unter Vorbehalt. Dieses Verfahren ist gesondert zu führen und mangels einer gütlichen Einigung zweckmässigerweise gleichfalls an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hamburg zu verweisen.

Dr. Tovote, Rechtsanwalt und Notar

durch: gez. Dr. Reichardt

Die Geschäftsstelle:

(Dr. Reichardt)

als amtl. best. Vertr. d. RA Dr. Tovote

Meiner Vertretungsgeschäftsbuchung unter der Bezeichnung angelegt wurde, dass das in Berlin anhängige Konkursverfahren aufgehoben werde, ersucht mir die Anregung der Wiedergutmachungskammer nur unangenehm.

Ob sich die Unterlagen der Fa. Schlüter auf das Vermögen des Dr. Frick oder Carl Marcuse beziehen, kann ich im Augenblick nicht beurteilen. Ich enthalte mich insoweit noch einer Stellungnahme. Voreinglich bitte ich aber schon jetzt um eine Verlängerung der mit Ihrer Verfügung vom 21.1. gestellten Aussetzungfrist, da es mir innerhalb der gegebenen Frist nicht möglich sein wird, die notwendigen Ermittlungen zu führen.

Oberfinanzdirektion Hamburg Postanschrift: Hamburg

8. Februar 1954

- M 459 - BV 414 -
M 468

2. Wiedergutmachungskammer

36 11 91 App. 588
Büro Wiedergutmachung:
Magdalenenstr. 64 a

Aktenzeichen: 2 WiK 19/54 - V/Z 5874 verb. m/ V/Z 6288 u. V/Z 5873

An - Ob das Landgericht Hamburg 13, Hartungstr. 5 24 FEB 1954

Az Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer

- Hamburg 36
Re Sievekingplatz

(dreifach)

- United Restitutions Office - In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 19/54 -

V/Z 6288 verbunden mit V/Z 5873

Herrn

- 1.) Carl Marcuse Erben zur Kenntnis
2.) Dr. Erich Marcuse ./. Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

wird beantragt, auch das bisherige Verfahren V/Z 5874
(Dr. Erich Marcuse) mit dem Verfahren 2 WiK 19/54 (V/Z
6288 verbunden mit V/Z 5873 - Carl Marcuse) zu verbinden,
weil eine sachliche Trennung unmöglich ist. Der Schrift-
satz der Antragsteller vom 17.7.1953 zum Az.: V/Z 5874
sagt wörtlich:

"Der Versteigerungserlös betrug zusammen
RM 8.481,25. Er umfaßt auch die Möbel des
Vaters des Antragstellers, Carl Marcuse
- Antragstellerin Gertrud Marcuse -."

Die Stellungnahme des Antragsgegners vom 19.8.1953
(Az.: V/Z 5874) umfaßt daher die für Carl Marcuse und
für Dr. Erich Marcuse gestellten Ansprüche. Eine Auf-
teilung ist dem Antragsgegner unmöglich und muß den An-
tragstellern überlassen bleiben.

Im Auftrag

gez.:

(Sille)

2 Abschriften entl.

An das
Landgericht
2. Wiedergutmachungs-
kammer Hamburg
Hamburg 13
Sievekingplatz

gez.: Dr. Tovote
(Dr. Tovote)
Rechtsanwalt und Notar

Obfinanzdirektion Hamburg

M 459 - BV 414 -
M 468

Hamburg 2. April 1954

36 11 91 App. 588
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer (3-fach)
H a m b u r g 36
Sievekingplatz

In der Rückerstattungssache

- 2 WIK 19/54 -
V/Z 5874 verb.m. v/Z 6288
an v/Z 5873

M a r c u s e

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

wird zur Verfügung vom 15.3.1954 und dem Schriftsatz
der Antragsteller vom 10.3.1954 erwidert, dass die Ver-
steigerung des den Herren Carl und Dr. Erich Marcuse
gehörenden Umzugsguts durch die Firma Schlüter erfolgte.
Sie erbrachte einen Bruttoerlös von RM 9.086,90. Der
Antragsgegner hat gegen einen Feststellungsbeschluss
in Höhe von RM 22.700,-- keine Bedenken unter der Vor-
aussetzung, dass der gleiche Anspruch nicht nochmals
an anderer Stelle gestellt wird. - Im Auftrag
über das ermittelte Aktenzeichen der Gestapo und über den
angeblichen Erlös von RM 13.300,--. Auch wird ge-
beten, zu der im Schriftsatz vom 17.7.1953 geäußerten An-
sicht, der Erlös von RM 8.481,25 umfasst auch die Möbel von
Herrn Carl Marcuse, nochmals auf Stellung zu nehmen.

gez.:

(Sillem)

Im Auftrag

(Sillem)

Oberfinanzdirektion Hamburg

- M 468 + M 459 - BV 414 -

Abschrift für die Akte M 459

Hamburg 8. Mai 1954

36 11 91 App. 588
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

- 1) Kausale Fertige von dem Schreiber zu 2) eine Reinschrift und drei Abschriften. Zwei Abschriften sind der Reinschrift beizufügen. Eine Abschrift ist für die Akte bestimmt.
- 2) An das Landgericht Hamburg An das
2. Wiedergutmachungskammer (3-fach)
Hamburg 36
Sievekingplatz

Landgericht

In der Rückerstattungssache

- 2. WiK 19/54 -

V/Z 5874 verb.m. V/Z 6288
und V/Z 5873

Aktenzeichen:

2 WiK 19/54

Marcuse

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

Bei allen Eingaben bitte anheften!

Wird auf die Verfügung vom 28.4.1954 und den Schriftsatz des Antragstellers vom 24.4.1954 wegen
V/Z. 5874 verb.m. wird gem. richterlicher Verfügung folgendes mitgeteilt:
V/Z. 6288 1 Lift für Carl Marcuse
- und
V/Z. 5873 Bezug genommen.

Trotz nochmaliger intensiver Nachforschung hat sich nichts hierüber ermitteln lassen. Der Antragsteller macht sehr positive Angaben über diesen Transport. Er möge Unterlagen über das ermittelte Aktenzeichen der Gestapo und über den angeblichen Erlös von RM 13.393,- vorlegen. Auch wird gebeten, zu der im Schriftsatz vom 17.7.1953 geäußerten Ansicht, der Erlös von RM 8.481,25 umfasse auch die Möbel von Herrn Carl Marcuse, nochmals aufklärend Stellung zu nehmen.-

An die
Oberfinanzdirektion
Hamburg

- M 468 + M 459 - BV 414 -

Im Auftrag

gez.:

(Sillem)

5) Begl. s.d.A. mit Abschrift des Schreibens zu 2)

Landgericht

Hamburg 36,

24. Juni 1954

Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude

Fernsprecher: 351091 , App. 457

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen:

2 WiK 19/54

Bei allen Eingaben bitte angeben!

V/Z. 5874

verb.m/

V/Z. 6288

und

V/Z. 5873

In der Rückerstattungssache

M a r c u s e ./. Deutsches Reich

wird gem. richterlicher Verfügung folgendes mitgeteilt:

Aus der beigezogenen Akte des Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg - Az.: 4159/42 - ergibt sich, daß das Umzugsgut des Carl Marcuse, bestehend aus 2 Lifts, die im Hamburger Freihafen lagerten, am 25.4.1941 von der Gestapo beschlagnahmt und in deren Auftrag versteigert worden ist. Der Versteigerungserlös betrug 13.393,80 RM.

Die Oberfinanzdirektion wird gebeten, die Akte (Bl.lu.50) einzusehen und binnen 2 Wochen Stellung zu nehmen.

An die

Oberfinanzdirektion

H a m b u r g

- M 468 + M 459 - BV 414 -

Oberfinanzdirektion Hamburg Die Geschäftsstelle.
BV u. BA

Az.:

Eing.: 29. JUNI 1954

Sachgeb.:

BV 414

Anl.:

30. JUN 1954

1G. Vordr. WK 1 10000 6. 54 E0708

5) 443 mit Abschrift des Schreibens zu 2)

Oberfinanzdirektion Hamburg

- M 468 u. M 459 -BV 414-

Hamburg

9. Juli 1954

36 11 91

Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer (3-fach)

H a m b u r g 36
Sievekingplatz

In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 19/54 -

V/Z. 5874 verb.m.V/Z. 6288

und

V/Z. 5873

M a r c u s e

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

wird auf die Verfügung vom 24.6.1954 Bezug genommen und mitgeteilt, dass der Antragsgegner inzwischen die Berliner Akte eingesehen hat.

Blatt 1 und 50 bestätigen, dass für Carl Marcuse 2 Lifts beschlagnahmt und mit netto RM 13.393,80 versteigert wurden.

Für Erich Marcuse handelte es sich um einen Lift mit einem Nettoerlös von RM 8.546,90, brutto RM 9.086,90.

Nicht ganz verständlich ist dem Antragsgegner die in der Berliner Akte Bl. 158 ff von der Ametes gegebene Nachricht, sie sei als Vermögensverwalter bestellt. Dies kann besagen, dass der Betrag von RM 13.393,80 ihr zugeflossen ist, und nicht dem Deutschen Reich über die zuständige Oberfinanzkasse.

Was kann der Antragsteller hierzu sagen ?

Hatte Carl Marcuse eine ausländische Staatsangehörigkeit ? Diese Eigenschaft der Ametes bedarf weiterer Aufklärung.-

Im Auftrag

gez.:

Amexco

(Sillem)

(American Express Co)

4(291)

ablage

2 WiK 19/54

V/Z 5874 verb.m.
V/Z 6288 u.V/Z 5873.

den Betrag von 27.700,- RM und der Antrag-
Landgericht Hamburg

2. Wiedergutmachungskammer.

Beschluß

1. NOV. 1954

In der Rückerstattungssache

- 1.) des Dr. Erich Marcuse,
London N.2 Lyttelton Rd. 23 c/o Cresso,
aus eigenem Recht,
- 2.) der Frau Gertrud Marcuse geb. Kreslawsky,
London N.2 Lyttelton Rd. 23 c/o Cresso,
als Alleinerbin und Executrix nach Carl
Marcuse,

Antragsteller,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt

Dr. Hans-Georg Tovote, Berlin-Grünwald, Kurfürstendamm 186, III,

Juden im Sinne der abgeschafften nationalsozialistischen Rassegesetze. Sie wanderten auf Grund der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen aus Deutschland aus.

das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde - diese

vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,

Az.: M 459 und M 468 / - BV 414,

Antragsgegner,

hat die 2. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts in Hamburg nach mündlicher Verhandlung durch folgende Richter: 1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher, 2. Landgerichtsrat Faull, 3. Assessor Dr. Baden

am 22. Oktober 1954 beschlossen:

I. Es wird festgestellt, daß der Antragsgegner verpflichtet ist, dem Antragsteller zu 1) den

Handwritten notes:
1/2m bis 2 1/2m
2/2m bis 2 1/2m
8/2m
R 2m

129

den Betrag von 22.700,-- RM und der Antragstellerin zu 2) den Betrag von 36.850,-- RM für entzogenen Hausrat zu ersetzen. Entziehungstag ist für das Umzugsgut des Antragstellers zu 1) der 7. Juli 1941, für das des Erblassers der Antragstellerin zu 2) der 1. Juni 1941.

II. Die Entscheidung ergeht gerichtskostenfrei, aussergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

G r ü n d e :
22.700,--
36.850,--
59.550,--

Der Antragsteller zu 1) macht Rückerstattungsansprüche wegen Entziehung seines Umzugsguts aus eigenem Recht geltend. Die Antragstellerin zu 2) erhebt diesen Anspruch als Erbin des verstorbenen jüdischen Mitbürgers Carl Marcuse, ihres Ehemannes. Die Antragsteller sind Juden im Sinne der abgeschafften nationalsozialistischen Rassegesetzgebung. Sie wanderten auf Grund der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen aus Deutschland aus. Das Umzugsgut des Antragstellers zu 1) lagerte in einem Lift verpackt im Hamburger Freihafen. Es wurde auf Veranlassung der Gestapo als Umzugsgut jüdischer Auswanderer beschlagnahmt und durch den Auktionator Schlüter am 7. Juli 1941 versteigert. Es erbrachte einen Bruttoversteigerungserlös von 9.086,20 RM = einem Nettoversteigerungserlös von 8.481,25 RM. Die Einzelheiten des Umzugsguts des Antragstellers zu 1) befinden sich in der von dem Vertreter beider Antragsteller mit Schriftsatz vom 10. März 1954 eingereichten Liste (Bl. 16-20 d.A.). Die Einzelheiten wegen des Umzugsguts des Erblassers der Antragstellerin zu 2) befinden sich auf der mit gleichem Schriftsatz (Bl. 11-15 d.A.) eingereichten Aufstellung.

Aus der Akte 05210 - 4159/52 des ehemaligen Oberfinanzpräsidenten in Berlin betreffend Carl Marcuse, den Erblasser der Antragstellerin zu 2), ergibt sich folgendes: Laut Schreiben der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Berlin, vom 25. April 1941 war beabsichtigt das

130

das im Hamburger Freihafen lagernde, in zwei Lifts verpackte Umzugsgut zur Vorsteigerung zu bringen. Mit Schreiben vom 2. Juli 1941 (Bl. 159 d.A.) teilte die American Express Company m.b.H. dem Oberfinanzpräsidenten in Berlin allgemein mit, daß die beim Oberfinanzpräsidenten gemeldeten Güter und Guthaben ausgewanderter Juden von der Gestapo in Hamburg und Berlin beschlagnahmt und die American Express Company m.b.H. von der Gestapo als Verwalter dieser Vermögen bestellt worden sei. Mit Schreiben vom 14. März 1942 an den Oberfinanzpräsidenten Berlin - Vermögensverwertungsstelle - (Bl. 49/50 d.A.) teilt die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin dem Oberfinanzpräsidenten mit, daß der Erlös aus der Versteigerung des Umzugsguts in Höhe von 13.393,80 RM sich auf dem Sonderkonto der Geheimen Staatspolizei bei der Deutschen Bank befinde...lossen ist. Es bedarf keiner Erörterung darüber,

Die Antragsteller begehren Ersatz des ihnen durch die Entziehung des Umzugsguts zugefügten Schadens. Der Wert des entzogenen Umzugsguts des Antragstellers zu 1) wird von ihm mit 22.700,-- RM beziffert. Der Antragsgegner ist insoweit mit dem Erlaß eines Feststellungsbeschlusses einverstanden. Antragstellerin zu 2) als Erbin des

Die Rückerstattungsansprüche sind in dem in der Beschlußformel genannten Umfang begründet.

Es steht fest, daß das Umzugsgut des Erblassers der Antragstellerin zu 2) und dasjenige des Antragstellers zu 1) durch den Antragsgegner versteigert und der Versteigerungserlös eingezogen worden ist. Hinsichtlich des Umzugsguts des Antragstellers zu 1) geht aus den Unterlagen des Antragsgegners hervor, daß der Auktionator Schlüter das-selbe am 7. Juli 1941 versteigert und einen Bruttoversteigerungserlös von 9.086,20 = einem Nettoversteigerungserlös von 8.481,25 RM erzielt hat. Aber auch die Entziehung des Umzugsguts des Erblassers der Antragstellerin zu 2) steht fest. Aus der genannten Akte des Oberfinanzpräsidenten Berlin geht hervor, daß die Gestapo, Staatspolizeileitstelle Berlin am 25. April 1941 beabsichtigte, die zwei Lifts mit Umzugsgut für des Erblassers der

Antragstellerin

131

Antragstellerin zu 2), die im "amburger Freihafen lagerten, versteigern zu lassen. Aus Blatt 50 der Akten des Oberfinanzpräsidenten geht hervor, daß die Versteigerung des Umzugsgut einen Nettoerlös von 13.393,80 RM erbracht hat, der sich auf einem Sonderkonto der Geheimen Staatspolizei bei der Deutschen Bank befand. Dieser Erlös ist auch dem Antragsgegner zugeflossen. Es kann hierbei ohne Beachtung bleiben, daß nach dem allgemein gehaltenen Schreiben vom 2. Juli 1941 die American Express Company m.b.H. von der Gestapo als Verwalter der bei dem Oberfinanzpräsidenten Berlin gemeldeten Güter und Guthaben ausgewanderter Juden bestellt worden ist. Denn dieses Schreiben liegt zeitlich um rund ein Jahr vor dem Schreiben der Gestapo (Bl. 50 d.A.), auf Grund dessen feststeht, daß der Versteigerungserlös auf das Konto der Gestapo bei der Deutschen Bank in Berlin geflossen ist. Es bedarf keiner Erörterung darüber, daß die Versteigerung des Umzugsguts jüdischer Mitbürger eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Art. 1, 2 REG darstellt.

Gemäß Art. 26 Abs. 2 REG steht dem Antragsteller zu 1) ein Schadensersatzanspruch wegen Entziehung eines Umzugsguts und der Antragstellerin zu 2) als Erbin des Carl Marcuse wegen Entziehung des diesem gehörigen Umzugsguts zu. Bei Verfahren, in denen das Deutsche Reich Antragsgegner ist, kann auf Grund des § 14 des Umstellungsgesetzes - nach ständiger Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts - nur ein Feststellungsbeschuß ergehen, wonach der Antragsgegner verpflichtet ist, den damaligen Reichsmarkwert der entzogenen Gegenstände zu ersetzen.

Bei der Ermittlung des Wertes der Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung war das Gericht nach § 287 ZPO auf eine Schätzung angewiesen. Auf Grund seiner Erfahrung in anderen Wiedergutmachungssachen konnte es für diese Schätzung den bekannten Bruttoversteigerungserlös des Antragstellers zu 1) mit 9.086,20 RM einsetzen. Es ist gerichts bekannt,

192

gerichtsbeamt, daß der Zeitwert des entzogenen Umzugsguts je nach dem Zustand des jeweiligen Hausrats das 1 1/2 bis 2 1/2 fache des Bruttoversteigerungserlöses betragen hat. Im vorliegenden Fall ist das Gericht auf Grund der eingereichten Liste davon überzeugt, daß es sich bei dem Hausrat des Antragstellers zu 1) um wertvollen Hausrat gehandelt hat und der Wert der entzogenen Gegenstände das 2 1/2 fache des abgerundeten Bruttoversteigerungserlöses gleich 22.700,-- RM betragen hat. Der Antragsgegner hat gegen diese Berechnung des Wertes des Hausrats der Antragstellers zu 1) keine Einwendungen erhoben.

22.105

Bei dieser Sachlage erschien es gerechtfertigt, den gleichen Bewertungsmaßstab auch bei der Ermittlung des Wertes des entzogenen Umzugsguts des Erblassers der Antragstellerin zu 2) anzuwenden. Das Gericht weiß aus den übrigen Wiedergutmachungsverfahren, daß dem Nettoversteigerungserlös zur Ermittlung des Bruttoversteigerungserlöses 10 v.H. hinzugefügt werden müssen, so daß sich für den vorliegenden Fall bei einem Nettoversteigerungserlös von 13.393,80 ein Bruttoversteigerungserlös von 14.733,18 RM ergibt. Dieser Betrag ist in Anlehnung an das Vorgehen des Gerichtes bei der Ermittlung des Wertes für das Umzugsgut des Antragstellers zu 1) mit 2 1/2 zu multiplizieren, sodaß sich der Betrag von 36.832,95 RM gleich abgerundet 36.850,-- RM ergibt.

aufgeführt

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus Art. 63 REG in Verbindung mit § 7 der 2.DVO zum REG.

Dr. Roscher

Dr. Baden.



Für richtige Ausfertigung:

Schäfer Just. Hosp./Angest.
als Urkundsbeamt der Geschäftsstelle



Dieser Beschluß
ist rechtskräftig. 1. März 1955

Hamburg, den

Die Geschäftsstelle

Jain

Justizinspektor.